

Bezugspreis:
Vierteljahr 36.- M. monatl. 12.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.- M. einjähr. 120.-
M. einschließlich Postgebühren. Unter Abdruck für
Deutschland, Dänig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Rumänien 22.- M. für
das übrige Ausland 24.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark,
Holland, Estland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Brot und Fett“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 14. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die unregelmäßige Komposition
kostet 6.- M. „kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2.- M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenangebote
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Hfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Preis 3.50 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Die Beamten gegen den Industrierauszug.

Der Deutsche Beamtenbund teilt mit:
Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit den Forderungen
des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigt und
wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen den
Versuch, die Not des Volkes auszunutzen, um
die Reichseisenbahnen und die übrigen Reichsbetriebe, den
wertvollsten Besitz des deutschen Volkes, in die Privat-
hand zu bringen. Die Kreditaktion, die ursprünglich als eine patri-
otische Großtat ausgegeben wurde, soll nunmehr zur Stär-
kung einseitiger politischer Macht benutzt wer-
den. Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig ist, kann ohne
Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hand des privaten
Großkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher
Grundsätze erreicht werden. Mit der Eisenbahnbeamten-
schaft sind auch alle anderen im Deutschen Beamtenbund organisier-
ten Beamten darüber einig, daß dieser selbständige, mit dem
Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen
Mitteln abgewehrt werden muß.

Falsche Gerüchte.

Gewisse interessierte Kreise verbreiten unwahre Ge-
rüchte über die Stellung der Gewerkschaften zu den vom
Reichsverband der Deutschen Industrie an die Kredit-
hilfe geknüpften Bedingungen. So wird behauptet, der
Bundesvorstand der Leipziger Gewerkschaften habe
über erklärt, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund
und auch die Sozialdemokratische Partei bereit wären, sich
auf eine Entstaatlichung der Reichseisenbahnen einzulassen.
Das Gegenteil ist richtig. Genosse Leipziger hat den
Reichsverband in der Besprechung am 11. d. M. darauf ver-
wiesen, daß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerks-
chaftsbundes schon am 9. d. M. in Uebereinstimmung mit dem
Vorstand des Afa-Bundes einstimmig beschlossen habe, die von

den Industriellen erhobenen Forderungen unbedingt ab-
zulehnen. In der Entschliebung der beiden Bundesvor-
stände, die wir bereits veröffentlicht haben, heißt es bekannt-
lich, die Forderungen der Industrie lehnen erkennen:

„daß mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich und damit
die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und uner-
trägliche Abhängigkeit von den kapitalistischen
Unternehmern gebracht werden sollen.“

Die Kreditaktion der Industrie, die anfangs als eine nationale
Tat angekündigt wurde und die auch die Zustimmung der Gewerk-
schaften gefunden hätte, ist durch die Beschluß der Reichsverbände
der deutschen Industrie als ein neues Machtinstrument des
organisierten Unternehmertums entlarvt worden.“

Diese Entschliebung der Gewerkschaften ist dem Reichs-
kanzler und dem Reichsverkehrsminister auch schriftlich über-
mittelt worden, und in der erwähnten Besprechung bei dem
Reichskanzler hat Leipziger auch mündlich die bestimmte Erwar-
tung ausgesprochen, daß die Reichsregierung die unerhörten
Unternehmerforderungen strikte ablehnen werde.

Einen anderen Standpunkt soll, wie wir hören, allerdings
der Geschäftsführer Baltrusch von den christlichen Ge-
werkschaften eingenommen haben. Darauf ist es wohl
zurückzuführen, daß das „Berliner Tageblatt“ am Sonnabend-
abend die Meldung brachte, ein Beschluß über den end-
gültigen Standpunkt der Gewerkschaften liege noch nicht
vor. Es kann sich hierbei nur um die christlichen Gewerk-
schaften handeln, was schon daraus zu schließen ist, daß in der
Meldung des „Berliner Tageblatts“ von dem Ausschuß des
„Deutschen Gewerkschaftsbundes“, der bekanntlich nur die
christlichen Gewerkschaften umfaßt, die Rede ist.

Wir können im übrigen nicht glauben, daß wirklich die
christlichen Gewerkschaften sich in dieser für die gesamte
deutsche Arbeiterschaft so überaus wichtigen Frage von den
übrigen Gewerkschaften trennen werden.

Der Sieg der Demokratie.

Von Rudolf Illonay.

Die folgenden Ausführungen unseres Prager Mit-
arbeiters geben die in der tschechoslowakischen So-
zialdemokratie vorherrschenden Auffassungen wie-
der. Wir erkennen dabei nicht, daß für die Ausführung
der gegen den Karl-Butsch getroffenen Maßnahmen die
Sorgen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens um die
Erhaltung ihres Bestandes mindestens ebenso wirksam
gewesen sind wie demokratische Strömungen.

Redaktion des „Vorwärts“.

Das Gesetz über die Entthronung der Habs-
burger ist vom ungarischen Parlament angenommen und
tritt sofort in Kraft, Karl und Zita befinden sich schon auf dem
Wege nach Madeira und die Tschechoslowakei führt soeben
ihre Demobilisierung durch. Das Spiel mit dem Feuer,
welches Karl so leichtsinnig begonnen hatte, ist beendet, und
es hat nicht viel gefehlt, daß aus dem Funken, den er entzündete,
ein Weltbrand geworden wäre. Frei atmen alle demokratisch
gesinnten Elemente Mitteleuropas auf, denn die gefährlichste
Reaktion, die clerikal-monarchistische Meute der Habsburger-
freunde, erlitt eine vollständige Niederlage.

Die Reaktion ist besiegt und ein Wiederaufleben der habs-
burgischen Gefahr ist, hoffentlich für alle Zeiten, beseitigt.
Dieser freizeitliche Erfolg ist einzig und allein dem energischen
und selbstbewußten Auftreten der Kleinen Entente zu ver-
danken, die die Entthronung der Habsburger verlangte und
sie auch trotz anfänglicher ungarischer Intrigen in den Kreisen
der Großen Entente durchsetzte. Die durchgeführte Mobilie-
rung verleiht ihren Forderungen Kraft. Interessant ist es, daß
vielfach österreichische Sozialdemokraten ein militärisches Ein-
schreiten der Tschechoslowakei und Jugoslawiens in Ungarn
nicht nur begrüßten, sondern direkt verlangten.

Die Magyaren selbst haben sich als Vorkämpfer der Reaktion
erwiesen, und es gibt gewiß keinen freizeitlich gesinnten
Menschen, welcher mit ihnen sympathisiert hätte. Natürlich
nicht das ungarische Volk als Ganzes, das selbst geknechtet ist,
sondern magyarische Feudale und Kapitalisten, die für die
Wiedereinsetzung der Habsburger so eifrig tätig waren.
Der Kampf Horthys und der Regierung Bethlen gegen Karl
war ein Scheinmanöver, dem im Prinzip waren alle drei
einig und trachteten nur durch kluge Schachzüge ihre wahren
Absichten zu verbergen, um gleichzeitig sich selbst retten zu
können, falls es laizet gehen sollte.

Was wird jetzt aus Ungarn werden? Eine Monarchie
unter einem Ententeprinzen als König? Werden die
Wittelsbacher in Budapest ans Ruden kommen oder
wird Horthy selbst die „königliche Gewalt“ an sich reißen?
Ein Ententeprinz als magyarischer König dürfte jetzt den
magyarischen Magnaten willkommen sein, da sie sich durch
einen solchen in ihren Hoffnungen auf die Wiedergewinnung
der verlorenen Gebiete bestärkt wissen würden. Ein Wittels-
bacher als König würde eine neue reaktionäre Union Ungarn-
Oesterreich-Bayern bedeuten, für die sich bereits bei dem Karl-
Butsch gewisse clerikale Elemente eingestellt haben.

Die deutschen Christlichsozialen in der Tschechoslowakei
unterhielten während dieses Butschs rege Beziehungen zu
den bayerischen Monarchisten einerseits und ver-
mittels der österreichischen Christlichsozialen andererseits. Aber,
mag was immer in Budapest geschehen, eine Monarchie wird
sich dort nicht lange halten können, denn schließlich wird und
muß doch das ungarische Volk aus seiner Lethargie erwachen.
Der Horthy-Terror wird sich nach der jetzigen Schlappe nicht
mehr lange halten können und wird einem demokratischen
Regime weichen müssen. Es scheint, daß Karolyi wieder der
kommende Mann sein wird. Erst wenn Ungarn tatsächlich
eine demokratische Republik sein wird, hört es auf, der ewige
Störenfried in Mitteleuropa zu sein. Dann wird es sich auch
in freundschaftlicher Anlehnung an seine Nachbarn ruhig
politisch und wirtschaftlich entwickeln können. Der Sturz der
jetzigen Regierung und die Einführung einer demokratischen
Regierungsform in Ungarn war in den Tagen, da es hieß,
die Tschechoslowakei und Jugoslawien werden gegen Budapest
marschieren, auch wirklich beabsichtigt.

Damit künftig alle Versuche der Reaktionäre im Reime
erstarkt werden, ist es nötig, daß sich alle demokratischen Ele-
mente aller Staaten Mitteleuropas einander nähern. Die
Aufsicherung und Erhaltung von Demokratien in ganz Mittel-
europa ist ein vitales Interesse der tschechoslowakischen Re-
publik, welche gewiß alle zu diesem Ziele führenden Bestre-
bungen begrüßen und, soweit es möglich ist, unterstützen wird.
Die beste Stütze der Demokratie ist jedoch die Arbeiterschaft.
Die Bourgeoisie ist überall mehr oder weniger reaktionär, und
es kam seit jeher nur der Arbeiterschaft die Aufgabe zu, die
Demokratie gegen alle Angriffe zu schützen. Aus diesem
Grunde sollten die sozialistischen Parteien speziell in den von
der Reaktion bedrohten Staaten in eine engere Fühlung als
bisher zueinander treten, um im Notfall auch eine „sozia-
listische Entente“ gegen die Reaktionäre zu bilden. Die Bour-
geoisie ist zwar in den letzten zwei Jahren in allen Staaten

Hughes Abrüstungsrede.

Nach der Rede Hardings und nach der Wahl des Staatssekretärs
der Vereinigten Staaten Hughes zum ersten Vorsitzenden, ergriff
dieser das Wort, um den Abrüstungsvorschlag der Ver-
einigten Staaten vorzubringen und zu verteidigen. Es wäre
dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, so führte er aus, ange-
nehm gewesen, alle Mächte nach Washington einzuladen, aber da
die Kontrolle über die Rüstungen in den Händen der alliierten und
assoziierten Hauptmächte liege, habe man die Einladung auf diese
Gruppe beschränkt und im übrigen nur die Mächte herangezogen,
die an der Regelung der Frage im fernem Osten direkt be-
teiligt seien, also Belgien, Holland, Portugal und China.
Ein Abrüstungsvorschlag sei an und für sich nichts Neues. Bereits
das Manifest des ehemaligen Zaren Nikolaus II. habe darauf hin-
gewiesen, wie gänzlich unproduktiv die übertriebenen Rüstungsaus-
gaben seien. In der Tat sei die Krise in der Weltwirt-
schaft zum großen Teil auf die übersteigerten Rüstungen und ihre
Folgen zurückzuführen. Die Fortdauer dieser Zustände müsse zur
Katastrophe führen. Deshalb sei es unbedingt geboten, sich in
den militärischen Rüstungen Beschränkungen aufzuerlegen.
Am besten beginne man mit der Beschränkung der Seerüstun-
gen, da man hier sofort und wirksam vorgehen könne. Das
Hauptziel liege in dem Wettbewerb der verschiedenen
Flottenbauprogramme. Diesem Zustand müsse ein
Ende gemacht werden. Das erfordere aber Opfer auf allen
Seiten.

Der Abrüstungsvorschlag

Namens der Delegation der Vereinigten Staaten machte Hughes
darauf folgende Vorschläge:

Die beteiligten Mächte beginnen sofort mit einer Schiffsbau-
pause, deren Dauer auf zehn Jahre festgesetzt wird. Bei An-
nahme des Programms seien die Vereinigten Staaten bereit, ihre
fünfzehn angestrichelten im Bau befindlichen Kriegsschiffe
zu streichen.

Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan werden
künftig insgesamt sechshundachtzig Großkampfschiffe mit einem Ge-
samtkonsumgewicht von 1 878 043 Tonnen aus der Liste der Kriegs-
schiffe streichen; davon entfallen auf die Vereinigten Staaten
845 740 Tonnen, auf Großbritannien 583 375 Tonnen und auf Japan
448 928 Tonnen.

Großbritannien wird also 22 Großkampfschiffe (804 450
Tonnen), Amerika 18 (500 650 Tonnen) und Japan 10
(299 800 Tonnen) behalten.
Für die Schiffe dürfen innerhalb zehn Jahren keine Ersatz-
bauten vorgenommen werden. Nach Ablauf dieser zehn Jahre
soll für die Flottenstärke eine Grundlage von je 500 000 Tonnen für
England und die Vereinigten Staaten und von 300 000
Tonnen für Japan gelten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schlug Hughes vor, sofort in
die Erörterung der Abrüstungsfrage einzutreten und die Frage
des Stillen Ozeans und fernem Ostens demgegenüber

vorläufig zurückzustellen. Da bei der Frage der Seerüstungen
Italiens und Frankreichs infolge des letzten Krieges be-
sondere Bedingungen vorliegen, schlug er vor, auch diesen Gegen-
stand später zu erörtern.

Nach der Rede von Hughes, die große Bewegung hervorrief,
wurde eine Abrüstungskommission aus den Führern der
Abordnungen der fünf Großmächte gebildet; dazu treten als Be-
geordnete für die Fragen des Stillen Ozeans je ein Abgeordneter
der vier anderen Mächte.

Briand spricht.

Darauf verlangten die Mitglieder der Konferenz nach einer
Rede Briands und riefen wiederholt seinen Namen. Briand,
der sehr überrascht schien, hielt eine Ansprache aus dem Stegreif
und sagte darin, als Frankreich die Einladung Hardings erhalten
habe, habe es „hier!“ gerufen sowohl aus unauslöschlicher Dank-
barkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, als auch aus persön-
licher Eingebung und geleitet von dem brennenden Wunsche, bei
der Lösung jeder Frage mitzuarbeiten, welche der Befestigung des
Friedens diene und geeignet sei, ihn im Rahmen des Möglichen zu
einem dauernden zu machen. Briand erinnerte dann daran, daß
die Vereinigten Staaten Frankreich zu Hilfe geeilt
seien und mit den Alliierten dazu beigetragen hätten, die Unab-
hängigkeit Frankreichs zu schützen. „Da wir zusammen den Krieg
gewonnen haben“, sagte Briand, „müssen wir uns gemeinsam be-
mühen, den Frieden zu gewinnen“. Briand fügte hinzu, daß
Frankreich trotz der ihm von der Nachbarsseite drohenden
Gefahren mit ganzem Willen und ganzem Herzen auf der
Konferenz die Mittel suchen wolle, die kostspieligen Rüstungen ein-
zuschränken. Frankreich habe schon viel getan; es
werde diesen Weg bis zu Ende gehen. Besser als sonst jemand
wisse Frankreich, was ein Krieg koste, und es liebe daher über alles
den Frieden. Briand schloß seine Rede, indem er sagte, wenn mor-
gen die Sicherheit Frankreichs wiederhergestellt sei, werde es bereit
sein, zu sagen: „Die Waffen nieder!“

Nach Briand sprachen die Vertreter Japans, Italiens, Bel-
giens, Chinas, Hollands und Portugals.

Beratungen.

Die englischen Marinesachverständigen sind am
Sonnabend nachmittag zu Beratungen über Hughes' Vorschläge zu-
sammentreten. Auch die japanischen Sachverständigen
traten in Erörterungen über den amerikanischen Plan ein.

Zahlreich sind die Kommentare, die sich mit der angeblichen
Haltung der englischen und japanischen Delegierten zu den unerwar-
tet weitgehenden Vorschlägen Amerikas besessen. Auf beiden Seiten
soll man entzückt sein. Aber in welcher Situation ist ein Diplomat
einem Pressevertreter gegenüber nicht entzückt? Von Interesse ist
lediglich die Meinung, daß England und Japan voraussichtlich in der
nächsten Sitzung, die am Dienstag stattfindet, die Bedin-
gungen vortragen werden, unter denen sie bereit sind, dem ameri-
kanischen Vorschlag näherzutreten.

groß geworden, aber ihre jegliche Machtstellung hat keine feste Grundlage. Der Sozialismus ist trotz der kommunistischen Aufspaltung und trotz der manchmal hochgehenden kapitalistischen Welle überall im Wachsen begriffen und sozialistische Regierungen werden bald überall die jetzigen Koalitionsregierungen ablösen müssen. Je früher es geschieht, desto besser für die Demokratie der Staaten und für ihre friedliche, ungestörte Entwicklung.

Wenn, wie vorauszu sehen ist, die Horthy-Regierung in Ungarn bald gestürzt wird, die Tschekoslowakei, Oesterreich und Deutschland von vorwiegend sozialistischen Regierungen beherrscht werden, dann ist weder an eine Rückkehr der Habsburger, Hohenzollern und Wittelsbacher zu denken, noch irgendein anderes reaktionäres Regime zu befürchten. Wenn außerdem noch in Rußland ein sozialistisches Regime das jetzige System des Bolschewismus ablösen sollte, wäre Mitteleuropa und der Osten ein Hort der Freiheit und der Demokratie.

Die tschechische Sozialdemokratie hat daher, um die drohende Reaktion in Mitteleuropa abzuwenden, alle Maßnahmen der Regierung unterstützt, welche dahin zielten, die Habsburger zu vertreiben, die Reaktion niederzuzwingen und dem demokratischen Gedanken zum Siege zu verhelfen. Die Tschekoslowakei hat gemeinsam mit Jugoslawien durch ihr Auftreten Ungarn vor den Habsburgern gerettet; ihr diplomatischer Erfolg in der Affäre ist unbestreitbar, aber auch unbestreitbar ist hierdurch ihr Verdienst um die Festigung der Demokratie in allen Staaten Mitteleuropas geworden.

Wahlerfolg in Lübeck.

Lübeck, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei der gestrigen Bürgerchaftswahl in Lübeck wurden abgegeben 31 058 sozialdemokratische und 4317 kommunistische Stimmen gegen 28 385 bürgerliche. Von den letzteren entfielen auf eine „Einheitsliste“ 19 794, auf die des Bürgerbundes 3515 und auf eine Hausbesitzerliste 3076. Die Arbeiterchaft gewinnt zwei Mandate. Die wachsende Verteilung der Mandate ergibt für die Sozialdemokraten 39, die Kommunisten 5, die Bürgerlichen insgesamt 36.

Gegenüber der Reichstagswahl von 1920 zeigt die Stimmenzahl der nichtsozialistischen Gruppen eine Abnahme um rund 4000. Die Unabhängigen, die bei der Reichstagswahl noch 5090 Stimmen gegen 679 kommunistische aufbrachten, sind jetzt ganz verschwunden. Ihre Wähler sind kommunistisch geworden. Aber nicht weniger als 1542 von ihnen sind der Wahlurne ferngeblieben. Die sozialdemokratische Stimmenzahl hat gegenüber der letzten Bürgerchaftswahl neuen Zuwachs erfahren.

Sächsische Stadtverordnetenwahlen.

Dresden, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Hier fanden am Sonntag wie in einer Anzahl Städte Sachsens die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Die Bürgerlichen hatten den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben und eine Einheitsliste von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zustandegebracht. Die Beamten und Angestellten aber konnten sie nicht für ihre Liste gewinnen, so daß außer der mehrheitssozialistischen, unabhängigen und kommunistischen Liste auch noch eine Beamten- und Angestelltenliste bestand. Die Wahlbeteiligung betrug trotz reger Wahlagitiation und scharfer Schleppearbeit auf allen Seiten nur etwa 66 Proz. Die Einheitsliste erhielt 112 890 Stimmen, die SPD. 93 854, die UEB. 27 134, die Kommunisten erhielten 13 714, die Beamten 20 354, die Angestellten 5426 Stimmen. Das bedeutet für die in der Einheitsliste gesammelte Reaktion 35 Sitze, für die Beamten 7 Sitze, für die Angestellten 1 Sitze, während die SPD. 29, die UEB. 8 und die Kommunisten 4 Sitze erhalten. Es besteht also keine sozialistische Mehrheit. Doch wird es vielleicht möglich sein, mit den Beamten und Angestellten zusammen eine Linksmehrheit im Kollegium zu bilden. Andernfalls bilden die Angestellten und Beamten das Zünglein an der Waage. Im ersten Stadtparlament stand die sozialistische Linke mit 43 Sitzen 41 Bürgerlichen gegenüber.

Operettenmoral.

Von Földi Schmidl

Behört Moral überhaupt in die Operette? Jedenfalls ist sie da, infolge Arbeitsteilung in der Operettenfabrikation. Zwei bis drei ehemalige Dichter vereinen sich und schreiben ein Buch, das Libretto. Der eine mit der sentimentalen Ader liefert den Schluß des zweiten Aktes, der immer jene ernste Wendung birgt, die das früher üblich gewesene große Finale mit zwanzig Ballett- und vierzig Chorpartnern vergessen lassen muß. Hier hat der Mindestlohn für Chor- und Ballettpersonal eine künstlerische Wendung bewirkt. Zwei bis drei zukünftige Dichter schreiben die Gesangseinlagen, denen die Moral als Tendenz beigegeben wird. Z. B.: „Hab' ich nur deine Liebe... Wer wird denn weinen... Die Tugend der Not heißt Treue... usw.“

Mit Kontrapunkt, mit leitmotivischer Verarbeitung und mit polyphonischer Durcharbeitung läßt sich derartige Moral nicht vereinbaren. Derselbe Musikantenknappe sind zu genug für Sinfonienkonzerte. Der Komponist der Operette bezichtigt sich gern familiärer Ansprüche auf künstlerische Wertung seiner Arbeit, wenn der Musikverleger, die Grammophonfabrik und die Tonsehergenossenschaft, Abteilung F, Tantiemen zahlen. Der Hörer anerkennt Text und Musik der Operette nur vereint, und die Urheber der Operette wissen, daß es so unbescheidene Leute gar nicht gibt, die von beiden Faktoren Gutes beanspruchen sollten. Die Musik der Operette glaubt längst nicht mehr daran, länger zu leben, als sie es verdient. Für Leute aber, die der Handlung oder den Liedtexten mit Psychologie und Logik beikommen wollen, ist eine Operette nicht komponiert, nicht gedichtet worden.

Wenn nun die wahre Kunst schon nach Brot geht, dann kann die leichtbeschwingte Kunst der Operette Kuchen und Butter noch viel eher ergattern. Das große Publikum will sehen und hören, wie man lebt, wenn man anders lebt. Darum klingt ein richtiger Operettenkomponist stets und immer in einem Wohlgeruch aus, in einem Keckheit, an dessen Inhalt sich Gott sei Dank niemand kehrt. Denn die darin gestellten ethischen Forderungen sind bei dem besten Willen nicht erfüllbar. Immerhin, es tut wohl, nach jeder vierten Prosa- Szene mit Musikbegleitung zu erfahren, daß der Domyfisch die Liebenden traut, daß es im Leben Momente gibt oder daß zum Heiraten drei gehören. Ueberhaupt die Liebe! Sie hat besonders in unserer zensurlosen Zeit so viele Widersacher, daß es ordentlich wohl tut, sich in dieser schwierigen Materie auf die Autoritäten der Operette berufen zu können. Wer würde ohne den kategorischen Imperativ des Operettenkomponisten in Liebesfällen überhaupt zu einem geistlichen Ende gelangen? Solche Zitate sprechen deutlicher und überzeugender zu der Geliebten als geistliche und körperliche Vorzüge oder glühende Beteuerungen. Diese Liebeslieder der Operette haben

Leipzig, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahlbeteiligung bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl betrug etwa 80 Proz. Es erhielten: Sozialdemokraten 28 433, die UEB. 114 733, die Demokraten 29 385, die Kommunisten 30 846 Stimmen. Für die bürgerliche Einheitsliste wurden 134 019 Stimmen abgegeben. Die Deutsch-Sozialisten erhielten 3983 Stimmen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen dürfte Stimmengleichheit zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien zu erwarten sein, bei 26 sozialistischen und 26 bürgerlichen Sitzen. Bisher standen 39 sozialistischen Vertretern 38 Bürgerliche gegenüber. Die Unabhängigen zählten 33 Mandate, die SPD. 6 Sitze. Nach der Spaltung trat eine unabhängige Stadtverordnete zu den Kommunisten über.

Um Icheoz.

Akt, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) In Icheoz in Ostpreußen fanden am Sonntag die Neuwahlen für das vom Minister Dominicus aufgelöste Stadtverordnetenkollegium statt. Bekanntlich wurde am 27. Februar der Genosse Schinkel mit 4700 gegen 4000 Stimmen zum zweiten Bürgermeister gewählt. Im Verlauf dieser Wahl legten 14 bürgerliche Stadtverordnete und 3 Stadträte ihre Ämter nieder, weil sie mit dem Genossen Schinkel nicht zusammenarbeiten wollten. Das Stadtverordnetenkollegium blieb aber mit 16 Mitgliedern noch immer beschlußfähig und beschloß die Neuwahl für die drei ausgeschiedenen Stadträte. Genosse Schinkel führte darauf die drei Neugewählten in ihre Ämter ein, weil der erste Bürgermeister die Einführung angeblich auf Anweisung höherer Ortsverweigerter. Das Kollegium wurde Mitte Oktober aufgelöst. Auch die Bestätigung der Wahl des Genossen Schinkel wurde verweigert. Bei der am Sonntag stattgefundenen Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums wurden nun von der bürgerlichen Einheitsliste 15 Stadtverordnete, von der sozialdemokratischen 11 und von der kommunistischen Liste 4 Stadtverordnete gewählt. Das Kollegium zählt 30 Mitglieder. Die Zusammensetzung des neuen Kollegiums ist also die gleiche geblieben, 15 sozialistische stehen 15 bürgerliche Sitze gegenüber. Die SPD. hat einen Sitz an die Kommunisten abgeben müssen, doch werden hierdurch die Mehrheitsverhältnisse nicht beeinflusst.

Die Mörder ermorden einander!

Neue Bluttaten der Oberländer Fehme.

München, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener sozialistischen Blätter besprechen — unter diesem Schweigen der bürgerlichen Presse — die Mordtat, die durch den Oberland-Studenten Verhoid an einem anderen Mitglied des Freikorps Oberland namens Schweighardt in der Nähe von Graz verübt worden ist. Fest steht, daß ein Schweighardt an dem politischen Mord im Forstenrieder Park beteiligt war, ferner stand fest, daß Schweighardt im dringenden Verdacht steht, Garais ermordet zu haben. Fest steht weiter, daß Verhoid, der seinerzeit den Mordüberfall auf Dobner inszeniert hatte, ebenfalls der Mordtat an der Ermordung Garais dringend verdächtig ist. Die Münchener „Post“ glaubt, daß durch die neuerliche Oberländer-Mordtat Licht in das Dunkel des Erzberger-Mordes gebracht worden sei. Das UEB-Organ, die „Morgenpost“, schreibt, daß hierdurch der Schiller, der über dem Attentat auf Garais lag, gelichtet worden sei. — Die Münchener Volkzeitung aber schweigt und stellt sich nur unter dem scheinbaren Dru der Sozialisten gezwungen, den Verdachtsmomenten nachzugehen.

Zurückhaltung am Devisenmarkt.

Im Zusammenhang mit den verschärften Bestimmungen der Abrechnungstelle für Devisen an der Berliner Börse und mit der Ankündigung des Befehles über den Devisenverkehr macht sich eine fortschreitende Verringerung der Umsätze bemerkbar. Die Spekulation hält sich sehr zurück. Der Dollar setzte mit 254 ein und ging im Verlauf der ersten Börsenstunde auf etwa 246 zurück. Auch der Effektenmarkt zeigte im Hinweise auf die Anwesenheit der Reparationskommission und auf die gespannte innerpolitische Lage eine bemerkenswerte Zurückhaltung.

Keine Stundung der Januar-Zahlung?

Die „B. Z.“ am Mittag will von unterrichteter Seite erfahren haben, daß die Reparationskommission und das Garantiefomitee sich darüber geeinigt hätten, die englische Regierung einer Stundung der am 15. Januar fälligen Reparationsrate fallen zu lassen. Sie hätten vielmehr beschlossen, auf pünktlicher Einhaltung des ganzen Zahlungsplanes ohne Diskussion mit der Reichsregierung zu beharren. Auch würde irgendeine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht stattfinden.

Ob diese Habsbotschaft den Tatsachen entspricht, darüber war an amtlicher Stelle bis zur Mittagsstunde angeblich nichts bekannt. Es wird dort versichert, daß irgendwelche offiziellen Verhandlungen zwischen Reparationskommission und Reichsregierung bisher überhaupt nicht stattgefunden haben. Und über den Stand der offiziellen Besprechungen vermag man keine authentische Auskunft zu geben.

Die „B. Z.“ fügt, gewissermaßen beruhigend, hinzu, daß die Reichsregierung sich den für die nächsten Zahlungen erforderlichen Devisenbetrag bereits gesichert hätte, bis auf einen Rest von 40 Millionen Goldmark, für dessen Beschaffung aber gewisse Industriekreise die Bürgschaft übernommen hätten.

Was an diesen verschiedenen Mitteilungen den Tatsachen entspricht, läßt sich, wie gesagt, bis zur Stunde nicht feststellen. Sollten die Beschlüsse der Reparationskommission wirklich in dem angeführten Sinne lauten, dann würde dies die Zerstörung auch der sehr bescheidenen Hoffnungen bedeuten, mit denen wir der Reise der Reparationskommission nach Berlin entgegengesehen hatten. Die Folgen einer solchen Intransigenz wären unabsehbar, auch wenn es wahr sein sollte, daß der Devisenbedarf des Reiches für die nächste Reparationszahlung gedeckt ist. Oder wären diese von Reichs wegen gehamsterten Devisen ursprünglich für andere Zwecke, etwa für Lebensmittelaufkäufe in Aussicht genommen?

Wie dem auch sei, glauben wir, daß man besser tut, amtliche Beschlüsse und Mitteilungen abzuwarten, ehe man sich übertriebenen Befürchtungen über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im kommenden Winter hingibt. Wenn es aber wahr ist, daß, wie die „B. Z.“ aus Paris meldet, die französische Presse die ablehnende Haltung der Reparationskommission auf den „schlechten und abfälligen Eindruck“ zurückführt, den das Kreditprogramm der Industrie auf sie gemacht hätte, dann haben die Herren vom Reichsverband der deutschen Industrie eine schwere Schuld auf sich geladen. Aber diese Schuld wird nicht ohne Sühne bleiben; denn je schwerer die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands sich gestaltet, desto rückwärtsloser wird man den einzigen rettenden Ausweg, die Erfassung der Gold- und Sachwerte, beschreiten müssen.

Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Am 12. und 13. November tagte der Reichsbeamtenbeirat im Sitzungssaal des Parteivorstandes, um zu wichtigen Beamtenfragen Stellung zu nehmen.

Auf der Tagesordnung stand: Der Göttinger Parteitag und die Beamtenfragen (Referent: Hermann Wäger, Willi Steinkopf), Die Beamtenpensionsbeschleunigung (Referent: Ministerialrat a. D. Falkenberg), 3. Beamtenrätgesetz und Disziplinarrrecht (Referent: Dr. Boelfer und Mor Gronstedt), 4. Organisation und Agitation (Referent: Hermann Wäger).

Die Tagung wurde vom Genossen Franz Krüger mit einer kurzen Begrüßungsansprache und einem Hinweis auf die Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Fragen eröffnet.

Zur Tagung liegen 47 Anträge aus verschiedenen Städten vor. Einen Bericht über die Tagung lassen wir folgen.

Der Kampf um die deutschen Werke.

Heute früh wurde, wie die FPN hören, der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke von General Kallert empfangen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen verläutet bis jetzt noch nichts.

zudem den Vorzug, daß sie auch mit den Weinen gelungen, daß sie gelangt werden können. Bei einiger Kenntnis der Literatur ist der Erfolg verbürgt. Der Graf von Luxemburg heiratet das süße Mädel, der arme Jonathan kriegt die Dollorprinzessin, die moderne Eva jeglichen Standes kriegt den Mann, der arm sein darf, wenn er recht gut singen und tanzen kann. Das Problem hat ausgelitten.

Der Ernst des Lebens hat nur noch einige Gewalt über die Musiker, die die Schlozer außerhalb des Operettentheaters spielen müssen. Jeder Leiter einer Kapelle konstatiert vor jeder Uraufführung, daß die ihm vom geschäftstüchtigen Verleger ins Haus geschickten neuen Schlozer beim Publikum absolut kein Verständnis finden, so lange die neue Operette nicht ungefähr 25mal über die Bretter gegangen ist. Nur in dem Falle gelingt es der Kapelle, einige Aufmerksamkeit zu erwecken, wenn das Publikum erfährt, woher die neue Melodie stammt. In jedem anderen Falle zeigt es spöttliche Gleichgültigkeit gegen diesen Schlozer, den es wenige Wochen später selbst im Schlaf singen, pfeifen und — hören wird. Weh dem, der dann etwas Böses von dem Schlozer denkt!

Das 2. Festkonzert des Bezirksbildungsausschusses Groß-Berlin der SPD. im großen Saale der „Philharmonie“ war M. o. J. art gewidmet, dem göttlichen Mozart. Im Januar 1841 schrieb der Klassiker der Musikkritik Robert Schumann nach einem Mozart-Abend: „Es ist nicht, als würden Mozarts Werke immer frischer, je mehr man sie hört“, und meinte, manche von ihnen „dufteten wie junge Weizen“. Richtiger hätte es heißen: „frische Weizen“, jedoch der von Eros Gelechte dachte wohl dabei an junge Mädchen, und ähnlich empfindet auch heute der Gleichgültige seinen Mozart, und Rose Walter gab das Requiem und die Arie der Gräfin aus „Figaros Hochzeit“, die Arie der Sandrina aus „Die Gräfinerin aus Liebe“ mit jugendwädhlicher Süße und Lieblichkeit. Auch gesangstechnisch eine schöne Leistung. Sicher in allen Registern und schattierungsreich. Metall auch bei zartester Dämpfung. Fela Koonfeldt spielte das Klavierkonzert in D-Moll. Klavierfisch einwandfrei; doch hätten wir es uns dultiger, erdruher, sonniger gewünscht. Die Aufführung des Dirigenten strich — schien's uns — an der eigenwilligen Silra der jungen Künstlerin ein bißchen vorbei. Dennoch — der rauschende Beifall war verdient. Dr. Stieder (Kapellmeister der Staatsoper), Muffler bis in die Fingerringen, brachte die, das Programm eröffnende „Figaro“-Ouvertüre mit Schwung und ließ sich die herbeiläufigen Feinheiten in der das Programm beschließenden D-Dur-Sinfonie entgegen.

Jensur-Humor. Die in Czernowit erscheinende „Deutsche Volkszeitung“ steht, wie alle Zeitungen in den neu erworbenen Gebieten Großrumäniens, unter Jensur. Die Zeitung wollte nun in ihrer Nummer vom 22. Oktober ein Witzheft bringen, das der Jensur zum Opfer fiel. Stehengelieben ist nur die Ueberschrift „Eine sonderbare Art“ und der erste Satz: „Die Gendarmerie hat bei uns sehr viel Macht“. Dann aber folgt zur Befristung dessen die große weiße Blüte mit dem festen Eindruck: Jensuriert!

Kredithilfe. Kredit? Vampir Kapital zwinkerte mit den Trifaugen, blähte den unförmigen Leib, den vier Jahre Norden gemästet: Gewiss, ich helfe und aus seinem Munde spie er Goldstücke. Spöttlich, unfrüht von widerlich eltem Gestank. Der noch nach Blut und Schlagen, nach schaler Reize übersättigten Professors und Hungerschwelch.

Während aber der Vampir geizig Gold spie, drängte er brutal seine Saugarme in das Land, in das Volk, daß es, ausgeplagt, gemartert, ausstarrte.

Er aber lächelte nur, ein gemeines, frostiges Grinsen und sprach: „Ihr solltet mir noch dankbar sein, daß ich nicht alles, was meine Saugnäpfe schlucken, für mich behalte. Ich helfe euch doch!“ Und wieder kam Blut und Schweiß und saule Ueberhattheit aus seinem Munde, fiel ein Goldstück.

Ringum aber schrien Millionen auf, denen das Gold hundertfach ausgepreßt war. H. J.

Ein neuer Urmenschenfund. Ein neuer Urmenschenfund, der viel älter ist als der des Neanderthalsmenschen, soll im British Museum aufgestellt werden. Der Fund wurde in einer Höhle der Broken-Hill-Wüste in Rhodesia gemacht. Es war der einzige menschliche Ueberrest, der in dieser 60 Fuß unter der Erde gelegenen Höhle gemacht wurde. „Es waren da“, berichtet der Finder William F. Harris, „Hunderte von zentriertem versteinerten Tierknochen aufgeschichtet, darunter solche von Elefanten, Löwen usw., zahllose Knochen von kleinen Vögeln. Der einzige große Knochen in der Nähe der Ueberreste dieses frühen Menschenvorfahren war der geschmotterte Schädel eines Löwen, und ein runder Stein lag dabei.“ Der bekannte Prähistoriker der Londoner Universität, Prof. Elliot Smith, behauptet, daß es sich bei diesem Schädel um einen bisher ganz unbekanntem Typus des Urmenschen handelte, der sehr viel älter sei als der Neanderthalsmenschen, aber nicht ganz so alt wie der seinerzeit auf Java gefundene Pithecanthropus.

Zu Ehren von Frau Diederich wird die Volkshöhle am Montag, den 28. Nov., im Volkshaus eine Gedächtnisfeier veranstaltet. Josef Kuntzsch liest aus dem Buche des Beda Hildebrandt. Ada Dorn zu Neben mit Alfred Wittberg, Emma Gerloff und Boroff werden die von Paul Schilling komponierten Wortsprüche zum Vortrag bringen. Ernst Riedrich spricht Niederländische Gedichte. Einleitend zu 8 U. in der Gedächtnisfeier der Volkshöhle, Amienstraße 27, der Volkshausabend, bei 12 Uhr.

Der Ausdruck erfährt im „Großen Schauspielhaus“ eine Reihe volkstümlicher Wähler-Wahlkämpfe mit dem Völkervereinigen Dr. Krieger unter Leitung von Klaus Bringsheim mit der 9. Einlage am 16. November.

Die Große Volkshöhle Berlin bricht am 21. November in der „Neuen Welt“ Verbis Oper: „Ein Pasiendall“ zur Aufführung.

Ein Lehrstuhl für Kinematik wird an der Berliner Technischen Hochschule eingerichtet. Dr. Karl Fersch wird die Kinematik in einer monatlich zweistündigen Vorlesung behandeln.

Ein Tuberkulose-Freie. Das Präsidium des Deutschen Zentral-Komitees zur Bekämpfung der Tuberkulose hat den Preis von 3000 M für ein neues Verfahren zur Desinfektion des Auswurfes von Tuberkulosekranken von Ullrich, Boettler und Quiler eingereichten Arbeit über Desinfektion mit Kalkhypochlorit, Karol und Krebssalzen zuerkannt.

Demokratischer Parteitag.

In der Sonntagsstunde wurde die Aussprache fortgesetzt. Unter den Diskussionsrednern verdient Erwähnung Staatssekretär a. D. Dernburg, der bedauerte, daß die Partei aus tatsächlichen Gründen die

besten Köpfe aus der Regierung herausgezogen

habe, und er hoffte, daß Rathenau das wieder in seinen Entschlüssen frei werde, um für den Fall einer Einladung hierzu in die Regierung einzutreten. Reichsminister a. D. Koch ist der Ansicht, daß Wirth nach seinem Rücktritt nicht wieder hätte zurückkehren dürfen. Der Opposition warf er vor, daß sie die Partei immer angriffe, wenn diese irgendeine Dummheit der Sozialdemokratie nicht mitmachen wolle. (1) Im Anschluß daran polemisierte Koch heftig gegen die Sozialdemokratie. Es sei ein Irrtum, (2) daß die Sozialdemokratie einer starken Demokratie gänzlich feindlich sei. Aus der Steuerfrage wolle die Sozialdemokratie einen Agitationsstoff für die Sozialisierung machen. Schließlich erkannte aber selbst Koch an, daß die Gefahren von der Reaktion größer sind als die politischen Gefahren von links. Professor Gerland-Bena wandte sich gegen die Opposition und gegen einen Wiedereintritt Rathenaus in die Regierung. Würde Rathenau wieder eintreten, so werde kein Mensch mehr an die Zielbewußtheit der Partei glauben. (Wer glaubt denn noch daran?) Auch Gerland polemisierte heftig gegen die Sozialdemokratie. Dagegen wünschte Dr. Berndt-Stein, daß die Partei im Kampf gegen die Reaktion die Führung übernehme. Die Große Koalition sei eine Frage der Taktik, kein Glaubenssach. Staatssekretär Hausmann-Stuttgart verteidigt die Haltung der Reichstagsfraktion als konsequent. Er verwahrt sie gegen den Vorwurf, der Deutschen Volkspartei nachzugehen zu sein. Schneider-Sachsen dagegen behauptet, daß die Fraktion nach rechts wege. Er tritt energisch für eine Gefassung der Sozialdemokratie ein. Ueber die ungerechte Besteuerung herrsche mit Recht große Erbitterung. Kein Arbeitnehmer werde es sich gefallen lassen, daß die Industrie sich der Reichsbeiträge bemächtigt. Wolle die Industrie nicht freiwillig geben, so müsse sie gezwungen werden.

Dr. Heuß vertritt den Standpunkt der Fraktion und polemisiert scharf gegen den Reichsanzwanger Wirth, der in der bayerischen Frage, in der Finanzverwaltung und gegenüber dem Ausland nichts geteufelt habe. Staatssekretär a. D. Meyer bedauert den Verlust des Handelsministeriums in Preußen. Reichstagsabgeordneter Erkelenz erklärt: die Partei sei bisher

der Volkspartei in einer Weise nachgefallen.

nie unerträglich geworden sei. (Lebhafte Beifall.) In der letzten Krise habe die Volkspartei nachweislich in vier Fällen die Haltung der Fraktion entscheidend beeinflusst. Er polemisiert ähnlich wie Schneider gegen das Verhalten der Partei bei der Kreditation. Den Krieg habe man zum größten Teil verloren, weil das liberale Bürgertum gegenüber der Reaktion kein Rückgrat gezeigt habe. (Lebhafte Beifall.) Freudenberg verurteilt als Vertreter der Industrie, daß diese die Kreditation mit politischen Rücksichtungen verknüpft habe. Senator Dr. Petersen bestritt, daß die Reichsfinanzfraktion sich von der Deutschen Volkspartei habe beeinflussen lassen. Die Fraktion habe einstimmig beschlossen, daß sie nur eine solche Resolution ertrüge, die ihr das Vertrauen ausdrückt. (Eine solche Resolution ist eingebracht.)

Hans-Karlsruhe begründet die Haltung der Minorität der Fraktion, die der obigen Entschlüsse aus Gründen der Einigkeit zugestimmt hat. Er ist für die Große Koalition, wenn aber eine Partei nicht mitmachen wolle, so müsse trotzdem eine Regierung auf schmalerer Basis erblühen werden. Darauf wird der (in unserer Sonntagsnummer wiedergegebene)

Antrag der Opposition zurückgezogen.

wollte der Antragsteller nicht beabsichtigt hätten, der Fraktion ein Misstrauensvotum auszusprechen. Damit ist die gefährlichste Spitze dieses Votums tödlich umhüllt. Es tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsstunde wurde die politische Aussprache mit einem Schlusswort des Senators Dr. Petersen beendet. Folgende Resolution wurde unter großem Beifall einstimmig angenommen, die Teile der zurückgezogenen oppositionellen Resolution enthält, am Schluss aber der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausdrückt:

Die Deutsche demokratische Partei ist als eine ausgesprochen republikanische Partei begründet worden. Zweck ihrer Gründung und Inhalt ihres Parteiprogramms ist die Verwirklichung nationaler und sozialer Politik auf dem Boden der Demokratie. Eine solche Demokratie ist eine nationale Notwendigkeit zur Erhaltung der Einheit des Volkes und zur Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes.

Unter den gegenwärtigen deutschen Parteiverhältnissen ist eine Regierungsbildung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebenswert. Der Parteitag begrüßt die grundsätzliche und offenherzige Aussprache über die künftige Politik der Partei und spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus."

Hieraus wurden die Neuwahlen zum Vorstand vorgenommen, die folgendes Resultat ergaben: Senator Dr. Petersen wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Partei und des Parteiaussschusses wiedergewählt. Auf seine Bitte, ihn dadurch zu entlasten, daß der Vorsitz des Parteivorstandes, nunmehr in andere Hände gelangt werde, wurde Reichstagsabgeordneter Erkelenz zum Vorsitzenden des Parteivorstandes und Dr. Fischer-Köln zu seinem Stellvertreter gewählt. Zu Stellvertretern des Parteivorstandes Petersen wurden die bisherigen Stellvertreter Professor Gerland-Bena, Ministerialrat Dr. Bäumer und Staatspräsident Dr. Hieber-Stuttgart wiedergewählt. Darauf wurden folgendemäßig die 11 auswärtigen Mitglieder des Vorstandes gewählt, zu denen der Parteiaussschuß später 11 Berliner Mitglieder zugewählt hat, nämlich: Frau Dänhoff, Obermeister Barschat, Stadtrat Sparrer-Ahrenberg, Oberpräsident Siehr, Frau v. Körber-Sappala, Oberlehrer Landahl-Hamburg, Dr. Cohnstedt-Frankfurt a. M., Justizrat Falk-Köln, Stadtrat Dr. Grundt-Breslau, Landwirt Wachhorst de Wente und Reichstagsabgeordneter Haas-Karlsruhe.

Zur Demokratisierung der Verwaltung

lag folgender Antrag vor: „Der Parteitag fordert die beschleunigte Durchführung der Demokratisierung der Verwaltung. Es genügt nicht, daß die Staatsform eine demokratische ist, notwendig ist vielmehr ihre Erfüllung mit verfassungstreuem Geist. Zur Verwirklichung dieses Grundgesetzes müssen alle Beamten in Ministerien oder sonstigen politischen Stellen, die in ihrem Amte die Demokratisierung unterbinden oder außerhalb ihres Amtes die Republik und ihre Einrichtungen verächtlich machen, entsetzt und durch unbedingt verfassungstreuere Personen ersetzt werden. Wir wünschen weiter, daß alle verfassungstreuen Beamten gegen Verunglimpfung ihrer auch gegen gesellschaftliche Achtung wegen ihrer Bestimmung geschützt werden. Wir verlangen die Anstellung und den Aufstieg der Tüchtigen, ohne Rücksicht auf Herkunft, Glaubensbekenntnis, Vermögen und Geschlecht unter Ablehnung jeder Krippenwirtschaft. Geeigneten Beamten des mittleren und unteren Dienstes ist die Möglichkeit des Aufstiegs in höhere Stellen zu sichern."

Dieser Antrag wurde unter großem Beifall einstimmig angenommen. Darauf wurden die Verhandlungen am Montag vertagt.

Die Montagsstunde begann mit einer Aussprache über die Flaggensache. Die meisten Redner führten hier einen Eiertanz zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold auf, zu dem der mit beiden Flaggensachen decorierte Saal den stimmungsgemäßen Hintergrund bot. Ein Vertreter der Jugend trat energisch für Schwarz-Rot-Gold ein, die anderen stauten über unnütze Verschärfung des politischen Kampfes, empfahlen Toleranz usw.

Massenkundgebung für die Abrüstung.

Krieg dem Kriege!

In Amsterdam sind die Gewerkschafter des Internationalen Gewerkschaftsbundes als Vertreter der schaffenden Proletarier der ganzen Welt zusammengetreten, um über Maßnahmen zu beschließen, die geeignet sind, unheiliges Elend zu verhindern —, in Washington aber vereinigten sich die Staatsmänner der Entente, als Vertreter der Staaten, um über Abrüstungsfragen zu beraten. Deutschland aber nimmt lebhaftes Interesse an diesen Vorgängen und darum hatte der Alltagsauschuß „Nie wieder Krieg", der von einer Anzahl pazifistischer Organisationen gebildet wird, im Verein mit der Berliner Gewerkschaftskommission am gestrigen Sonntag im Zirkus Busch eine Kundgebung veranstaltet, die von Tausenden besucht war, und bei der namhafte Vertreter pazifistischer Organisationen zu Worte kamen.

Wilhelm Dieterle, Mitglied der Holländer-Bühnen der zur Einleitung Herbert Eulenburgs Gedicht „Seite der Zukunft" sprach, gab damit den Auftakt zu der eindrucksvollen Veranstaltung. Armin Wegner widmete

den Toten im Weltkriege

eine tiefempfundene und mit lautem Beifall aufgenommene Gedächtnisrede.

Für die Berliner Gewerkschaftskommission sprach Wilhelm Reimann, der daran erinnerte, daß der Krieg der arbeitenden Bevölkerung niemals Segen bringe, sondern nur die Massen der Kapitalisten fülle. Kapitalismus und Militarismus sind Geschwister, und daher ist die Konferenz in Washington nicht viel mehr als eine schöne Geste. Aber hinter den Männern, die in Amsterdam versammelt sind, stehen 25 Millionen organisierter Proletarier. (Lebhafte Beifall.) Die Transportarbeiter der Welt haben beschlossen, im Falle eines Krieges sofort in den Generalstreik einzutreten, ein Beschluß, der von den englischen Transportarbeitern befolgt wurde, als Frankreich und England gemeinsam gegen Sowjetrußland vorgehen wollten, und der das Unternehmen verleitete. Die eiserne Internationale der Metallarbeiter aber hat beschlossen, im Kriegsfall

die Herstellung von Munition und Waffen zu verweigern.

überall das Zeichen der Besinnung zu bemerkten. Redner erinnerte an die Operationen, die dem Genossen Sallenbach in Belgien dargebracht wurden. Amerikanische Gewerkschafter, die vor kurzem in Deutschland weilten, haben mit großer Freude von unserem Kampf für den Frieden der Welt Kenntnis genommen. Der internationale Gewerkschaftsbund ist für uns die Macht, die das Wort verwirklichen wird, das in der Weihnachtszeit von Tausenden wiederholt wird: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen." (Lebhafte Beifall.)

Dr. Hans Simons jun. kennzeichnete die Washingtoner Konferenz im Sinne der Redner und erklärte, daß sich im Völkerbund, so unvollkommen er auch sei, eine Weltregierung entwickle, und daß die Arbeiter alles daransetzen müßten, in ihm Einfluß und Macht zu erlangen, damit er ein wahrhaftes Instrument des Friedens werde. (Beifall.)

Groß-Berlin

Der Zug der Schlitten.

Die sonnigliche Schneedecke, die sich in der Umgebung Berlins nach in blütenweißer Reinheit erstreckt, ließ gestern die an und für sich auf das bescheidenste eingestellten Wintersportgelüste des Berliner Publikums wieder erwachen. Das brachte der Eisenbahn einen lebhaften Verkehr. Man wollte mit dem kufendewehrten Wintersportgerät, dem Rodelschlitten, ins Freie gehen, um an Bergabhängen einem gesunden Rodelsport zu huldigen. Über diese Rechnung war ohne die Eisenbahnverwaltung gemacht. In zahlreichen Fällen wurde die Mitführung der Schlitten auf Grund einer noch immer bestehenden Kriegsvorschrift von den Beamten an den Bahnhöfen verweigert. Diese Kriegsvorschrift wurde erlassen, weil die Schlitten möglicherweise die Kleidung reisender beschmutzen konnten. Jetzt, wo die Ueberfüllung der Vorortzüge nicht mehr den Grad erreicht wie in den Vorjahren, müßte in dieser Hinsicht eine mildere Bestimmung treten, um auch der Jugend einen Sport zu ermöglichen, zu den in bergigen Gegenden in den Zügen zur Mitführung der Wintersportgeräte, wie Schneeschuhe, Rodelschlitten usw. sogar besondere Wagen eingestellt werden. Hierzu kommt für die Umgebung Groß-Berlins noch ein weiteres Moment, die die Eisenbahnverwaltung bestimmen sollte, die Zulassung der Mitführung von Schlitten in die Personenabteile unter bestimmten Voraussetzungen zu erleichtern. Unzählige Arbeitsschlitten und Kinderbänke schaffen sich durch das Graben von Stubbenhölz in den Wäldern der Umgebung billiges Heizmaterial und auch einen bescheidenen Verdienst. Nicht immer ist es möglich, die Stubben schon an Ort und Stelle der Gewinnung soweit zu zerkleinern, daß die Beförderung des Holzes als Tragleist ohne weiteres möglich ist.

Im Interesse der Jugend und der Kinderbewilligten sollte daher, die Eisenbahnverwaltung diese Verfügung baldigt, und zwar bevor der Winter vorüber ist, durch eine mildere Form ersetzen, die vielleicht die übrigen Reisenden vor Schlittenunfällen von ungewöhnlicher Größe schützt, einen kleinen Rodel- oder Lastschlitten jedoch eine besondere Frachtabrechnung wie eine Tragleist bis zu einer bestimmten Grenze freiläßt.

Erhöhung der Postgebühren.

Das Reichspostministerium hat Mitte Oktober mit dem Reichsrat über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren verhandelt. Dabei wurde über Post- und Telegraphengebühren Einverständnis erzielt. Die Erhöhung der Fernspreckgebühren hielt der Reichsrat für verfrüht, ohne aber an den in Aussicht genommenen Gebührensätzen etwas zu ändern. Inzwischen ist die neue Besoldungserhöhung eingetreten, die mit der Lohnerrhöhung und der Steigerung der Materialpreise einen neuen Jahresbeitrag von 3% Milliarden Mark hervorruft. Die Reichsregierung konnte es, wie amtlich mitgeteilt wird, angesichts dieser Sachlage bei den ursprünglich geplanten Gebührensätzen, bei deren Einführung schon 1% Milliarden Mark ungedeckt geblieben wären, nicht bewenden lassen, und hat deshalb beschlossen, diese Gebührensätze um 50 Proz. zu erhöhen.

Demzufolge ist im Vergleich zu der Vorkriegszeit bei der Berechnung der künftigen Gebührensätze statt des Verhältnisses 1:10 ein solches von 1:15 zugrundegelegt worden. Diese Verhältnissrechnung wird indessen nicht bei allen Gebührensätzen streng durchgeführt; zum Teil ist wie beim Paketverkehr eine mäßigere Steigerung vorgezogen.

Die neue Vorlage, die jetzt dem Reichsrat zugegangen ist, sieht folgende Gebührensätze vor: Im Ortsverkehr Postkarte 60 Pf., Brief (20 Gramm) 1 M.; im Fernverkehr Postkarte 1 M., Briefe (20 Gramm) 1,50 M.; Druckachen (50, 100, 250 Gramm) 40, 75, 150 Pf. Das Alltagschen 4 M. Postanweisungen bis 100 M. 1,50 M. Auch die Paketgebühren werden entsprechend erhöht.

Nachdem Hauptmann Willy Wegner im Sinne der Abrüstung gesprochen hatte, erhielt Genoffin Antonio Balfi das Wort: Ueberall in der Welt, so führte sie aus, hat der Krieg Not und Elend hinterlassen. Daher werden auch die Männer, die in Washington zusammenkommen, sich ernsthaft mit dem Gedanken der Abrüstung beschäftigen müssen. Mit Dankbarkeit gedenken wir jener Amerikaner, die, bevor der Krieg mit Amerika beendet war, ein großes Liebeswerk für Deutschlands Kinder organisierten, das ihnen den unauströschlichen Dank der deutschen Mütter eingebracht hat. Wir müssen die Schranken niederreißen, die in den Köpfen der Menschen gegen den Friedenswillen errichtet sind. (Beifall.) Es muß abgerüstet werden mit der kapitalistischen Wirtschaft, die uns durch ihre eigene Schwerkraft in neue Kriege hineinzutreiben droht. (Beifall.) In dem Leid, das uns heute erfährt hat, müssen die Frauen die starke Siegeszuversicht haben, daß einmal das Gute siegen wird. Mögen die neuen Friedenskonferenzen endlich der Anfang sein

eines neuen Zeitalters der Menschlichkeit.

(Lebhafte Beifall.)

Genoffe Paul Destreich führte aus, daß die Erziehung zum Pazifismus schon bei der Jugend in der Schule beginnen müsse, und von diesem Standpunkte aus sei die Befehung des Kultusministeriums mit dem deutschpöpstlichen Abgeordneten Dr. Böhm scharf zu verurteilen. Eine Entschlieung, die er vorlegte, und die mit brausem Beifall begrüßt wurde, nennt diese Befehung des Kultusministeriums eine Verständigung gegen den Geist der Reichsverfassung und fordert alle Pazifisten und Republikaner auf, mit allen tauglichen politischen Mitteln dafür zu arbeiten, daß Dr. Böhm durch einen Republikaner ersetzt werde, der gewillt ist, die Artikel der Reichsverfassung auch in Preußen durchzuführen.

Helmut v. Gerlach kennzeichnete den Waffensund in Görlich durch die Unachtsamkeit der Gewerkschaften, die man dafür als „unpatriotisch" bezeichnet hat. Er richtete an den Reichswehrminister (allgemeines Gelächter) die Frage, ob die schuldigen Offiziere, Hauptmann v. Falkenhors und Major Bed aus Breslau bestraft worden sind. Er geißelte das Reichsgepänge bei der Befehung des ehemaligen bayerischen Königs, an dem, weil er Feldmarschall der deutschen Armee war, die Reichswehr teilgenommen hat. Schließlich forderte er die Konfiszierung des Hohenzollernvermögens und die Verbannung der männlichen Hohenzollern und Wittelsbacher aus Deutschland.

Am Washington und Amsterdam

wurden Telegramme gesandt. In dem ersteren werden die Staatsmänner der Entente aufgefordert, ihre Beschlüsse trotz aller Widerstände auf die Kernfragen internationaler Abrüstung einzusetzen, in dem anderen wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es dem Internationalen Gewerkschaftsbund gelingen möge, seinen Beschlüssen bei den Regierungen Respekt zu verschaffen."

Zum Schluss sprach Wilhelm Dieterle Brangers „Heilige Allianz der Völker".

Selbstmord dreier Geschwister.

Drei Geschwister, das 71 Jahre alte Fräulein Minne Lauch, deren 68 Jahre alter Bruder, der Hausbesitzer Andreas Lauch und der Stiefbruder der beiden, der 63 Jahre alte Zeichner Gustav Kede, haben am Sonnabend ihrem Leben ein Ende gemacht. Der Stiefbruder wohnte mit der Stiefschwester in der Schönhauser Allee 121, während Andreas Lauch in seinem Hause in der Brenzlauer Allee 43 wohnte. Die betagten Geschwister litten große Not. Da sie infolge ihres hohen Alters nichts mehr verdienen konnten und ihre Ersparnisse aufgebraucht waren, so beschlossen sie, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Andreas Lauch suchte seine Geschwister in der Schönhauser Allee auf und alle drei machten dort mit Leuchtgas ihrem Leben ein Ende. Nachharn nahmen gestern einen starken Gasaeruch wahr. Beamte des 42. Polizeireviers verschafften sich gewaltsam Einlass in die Wohnung der alten Leute und fanden sie alle drei tot vor. Die beiden Männer lagen in der Küche tot auf dem Fußboden. Es wurde sofort ein Arzt herbeigerufen, der aber bei allen drei Personen nur noch den Tod feststellen konnte. Die drei Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Großfeuer in Wilmersdorf.

Der Sonntagvormittag beschäftigte die Feuerwehr in Wilmersdorf, wo ein modernes Wohnhaus, Lauenburger Str. 8, in geräumiger Ausdehnung in Flammen stand, so daß die Wehr längere Zeit mit mehreren Schlauchleitungen von Motorspritzen kräftig löschen mußte, um des Feuers Herr zu werden. Der Dachstuhl des Hauses ist niedergebrennt, die oberen Geschosse haben durch Wasser gelitten. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. — Ein zweites Großfeuer kam in der Nacht zum Sonntag früh in 2 Uhr in Treptow, in der Klebfeldstraße 310/311, auf dem ausgedehnten Holzlagerplatz von Georg Müller aus nach unauferklärter Ursache aus. Als die Feuerwehr aus Niederschöneweide an der Brandstelle ankam, stand schon ein Holzschuppen in solcher Ausdehnung in Flammen, daß sofort mit mehreren Schlauchleitungen von allen Seiten angegriffen werden mußte. Auf die Großfeuer-Meldung rückten auch Teile der Neuböllner und Berliner Feuerwehre nach Treptow aus. Den vereinten Anstrengungen gelang es, den Brand zu lokalisieren und die großen Holzporträte zum größten Teil zu schützen. Der Schaden soll erheblich sein.

Sport.

Rennen zu Mariendorf. Sonntag, den 13. November. 1. Rennen. 1. Fehndale (Hartell), 2. Verdun (Schön), 3. Edelbert (Seitz). Tot: 7:10. 10. 14. 22. 25. 10. Ferner: Rauh II (4), Maritisch (5), Balkan I, Eila, Dörlinger I, Rele Spilner, Biicola III, Stemann Silber, Edward I, Hildebrand, Capatine, Nollan I, Kollaline, Ehrenmann. — 2. Rennen. 1. Gänselele (Grazembei), 2. Deidemann (B. Freundt), 3. Albenleg (Koenig). Tot: 27:10. 11. 15. 43. 18:10. Ferner: Leder's B (4), Othomacha, Tello, Wraschler I, Long Paul, Frantz I, Adria Dumard. — 3. Rennen. 1. Ah Kuler (Carmart), 2. Koper (Höcker), 3. Gerna (Stopp). Tot: 16:10. 11. 25. 21. 25:10. Ferner: Arrogantier (4), Spilner Bodo I, Teborat B, Wih Gregor, Alieger, Bomb, Ra 3 III, Ruckemadden, Wastilele, Nalus, Carl Kuler. — 4. Rennen. 1. Blad Jim jr. (Schindler), 2. Dorndörchen II (W. Ninnajoh), 3. Dolomit (Wich). Tot: 12:10. 11. 13. 12:10. Ferner: Watados I (4), Kuletrud, Ehrengabe, Jung Verghied. — 5. Rennen. 1. Great Night (Doelmann), 2. Wanteuffel (Rauh jr.), 3. Donna Lobb (Gartind). Tot: 15:10. 11. 13. 20. 25:10. Ferner: Lady Marion II (4), Wusef, Kober, Long B, Dogbar, Gerard H, Gies Kuler. — 6. Rennen. 1. Edler (Schlauer), 2. Alberton (Triphan), 3. Rauhred (G. Reueneid), Tot: 6:10. 11. 13. 12:10. Ferner: Radlon II (4), Grünhilde III, Grünhilde IV, Bohg, Flora Dinnan, Eberhard, Amorelle, Erdmann, Angell. — 7. Rennen. 1. Albstemma I, Albstemma (Egger), 2. Dittomar (Gm. Schütz), 3. Dr. Brechtburg (Seigal). Tot: 44:10. 11. 18. 21. 49:10. Ferner: Goldschüler (4), H. B. Schreyer I, Baron Welf, Rahlter III, Transerische, Emgare, Blumenmädchen B (Roug jr.) kam als erste ein, wurde disqualifiziert, 80 Proz. der Einsätze zurückgezahlt. — (2. Abteilung.) 1. Anton (Eper), 2. Gudrun II (Rudolph), 3. Reibel (Werner). Tot: 38:10. 11. 17. 34. 10:10. Ferner: Biicola (4), Kede, Kuler, Woadline, Franzisco, Josef, Glasfritze, Gropas, Wabillat. — 8. Rennen. 1. Velchym (Roug), 2. Lucie Reide (G. Treubler), 3. Ritzschelwinger (Höcker). Tot: 37:10. 11. 18. 39. 36:10. Ferner: Wädelmina, Tranterichid, Edward, Dr. Guga, Edelwald, Rahlter, Dardenhala (Leine Betten), Dr. Kittinger, Dapans I, Kaddeder, Ri, Loni O, Bogelha, Valspieler, Dops.

